## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT BEHINDERTER MENSCHEN



LANDTAG

23. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 23 / 06 28. NOVEMBER 2017

Thema: Einrichtung von Programmen zur trägerunabhängigen Peer-Arbeit

Beschlussvorschlag der Fraktion "AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN Bremen und Interessengemeinschaft Schwerbehinderte im DGB Bremen"

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Peer-Counseling oder Peer Support geht davon aus, dass Beratung dann am besten funktioniert, wenn sie von Menschen kommt, die die betreffenden Themen aus eigenem Erleben kennen. Peer Counseling oder Peer Support bedeutet also, dass Betroffene andere Betroffene beraten und unterstützen. Das Bundesteilhabegesetz und die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) fordern ausdrücklich die Einrichtung von Peer-Projekten für Menschen mit Behinderungen. Wir fragen an, welche Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels das Bundesland Bremen bisher unternommen hat und welche Projekte aktuell in Planung sind. Ab dem 1. Januar 2018 wird die "ergänzende unabhängige Teilhabeberatung" für fünf Jahre jährlich mit 58 Millionen Euro gefördert. Dabei soll insbesondere auch Peer-Counseling gefördert werden. Wir möchten wissen, wie die in diesem Rahmen für Bremen ab Januar bewilligten Gelder verwendet werden sollen. Dabei möchten wir auch erfahren, welcher Anteil des Geldes für die Bezahlung von Peer-Projekten vorgesehen ist.

Die 23. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:

Zur Verwirklichung des im Bundesteilhabgesetz und in der UN-Behindertenrechtskonvention formulierten Ziels des Ausbaus der trägerunabhängigen Beratung sollen in Bremen in erster Linie Anbieter gefördert werden, die dem Ansatz von Peer-Counseling oder Peer Support folgen. Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert, bei der Vergabe der Fördermittel besonderen Wert auf dieses Förderkriterium zu legen.

Für die Fraktion AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik der LINKEN Bremen und Interessengemeinschaft Schwerbehinderte im DGB Bremen: Abgeordnete(r) Imke Heuer

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2018 an den AK-Protest erbeten.

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe – Geschäfts- und Beratungsstelle Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen www.lags-bremen.de info@lags-bremen.de